

Protokoll der 44. Sitzung des Landes-Teilhabebeirats am 20. November 2024

Dauer und Ort: 15:00 - 17:45 Uhr, Bremische Bürgerschaft, Börsenhof A, Raum 301 b+c

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt genehmigt.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls der 43. Sitzung vom 05. September 2024

Das Protokoll wird wie vorgelegt genehmigt.

TOP 3: Nachgang zur 43. Sitzung – Situation der inklusiven Beschulung an den Schulen

Der Vorsitzende macht den Vorschlag, dass sich der Beirat auf Grundlage der von Herrn Klieme vorgestellten Situation der inklusiven Beschulung in Bremen erneut in einer Stellungnahme äußern und Lösungsvorschläge aufzeigen könne. Der LBB werde einen Beschlussvorschlag formulieren, der in der nächsten Sitzung abgestimmt werden könne.

TOP 4: Medizinisches Behandlungszentrum für Erwachsene mit geistigen und/ oder schweren Mehrfachbehinderungen – Austausch mit Dr. Ulf Hustedt

Herr Dr. Hustedt stellt das Konzept für das Medizinische Behandlungszentrum für Erwachsene mit geistigen und/oder schweren Mehrfachbehinderungen (MZEB) vor. 2023 sei die Krankenhausdirektion auf Dr. Hustedt mit der Frage zugekommen, ob es möglich sei, ein neues Konzept zu erstellen und das MZEB und das Sozialpädiatrisches Institut (SPZ; Kinderzentrum) nebeneinander zu leiten. Zum Sommer letzten Jahres sei das Konzept vorgestellt und beim Zulassungsausschuss eingereicht worden. In der Sitzung beim Zulassungsausschuss Anfang Dezember 2023 sei auf Grundlage des neuen Konzepts eine Ermächtigung beantragt worden, die positiv beschieden worden sei. Die Ermächtigung sei für zwei Jahre ausgestellt worden. Mitte April 2024 hätten Verhandlungen mit den Krankenkassen stattgefunden, die erfreulich positiv verlaufen seien. Die Arbeit im MZEB sei ähnlich, aber aufwändiger als die im SBZ. Die Anamnese sei

umfangreicher, weil beispielsweise keine Angehörigen zur Unterstützung anwesend seien oder die Krankengeschichte unklar sei.

Das MZEB habe seit der Neueröffnung noch keine aktive Werbung für seine Arbeit gemacht. Die behandelten Patient:innen seien entweder vorher schon bekannt und als Wiedervorstellung gekommen oder vom SPZ übernommen worden. Die aktive Bewerbung sei aufgenommen worden. In den ersten drei Quartalen 2024 habe das MZEB 84 Patient:innen versorgt.

Nachdem Ende Mai der unterschriebene Vertrag mit den Krankenkassen vorgelegen habe, habe es noch eine gewisse Zeit gedauert, bis auch das Personal mit Verträgen ausgestattet gewesen sei. Mit dem neuen Konzept gebe es breitere Möglichkeiten, fachärztliche Expertise anzubieten.

Das MZEB solle an das Klinikum Bremen Mitte angegliedert werden, was den Vorteil habe, dass sich das MZEB besser mit den Fachabteilungen verbinden könne. Für das nächste Jahr sei angestrebt, dass in jeder Fachrichtung ein Kollege/ eine Kollegin Kenntnisse im Umgang mit Menschen mit Behinderungen erwerben solle, um eine bestmögliche Behandlung zu sichern.

Perspektivisch solle das MZEB noch größere Bekanntheit erlangen, in der Gesellschaft, aber gerade auch bei den niedergelassenen Ärzt:innen. Es bestehe die Hoffnung, dass Ende nächsten Jahres die Zulassung verlängert werde und dann für mindestens fünf Jahre bestehe.

Dr. Hustedt beantwortet Fragen aus dem Beirat:

- Das MZEB werde in die Friedrich-Karl-Straße neben das SBZ umziehen.
- Das MZEB kenne den hohen Bedarf an barrierefreien gynäkologischen Behandlungsmöglichkeiten und befinde sich dazu im Austausch mit dem System.
- In Bremerhaven gebe es kein Angebot wie das MZEB, sodass die Patient:innen nach Bremen fahren müssten. Die Zulassung für das MZEB sei auch an den Ort der Betriebsstätte gebunden. Um die Arbeit in Bremerhaven zu ermöglichen (beispielsweise als Sprechstunde), müsse der Zulassungsausschuss dies in der Ermächtigung bewilligen.
- Aus dem Beirat wird angemerkt, dass besonders Menschen mit Doppeldiagnosen einen großen Versorgungsbedarf hätten. Dr. Hustedt führt aus, viele dieser Patient:innen aus Bremen seien zum MZEB nach Oldenburg gewechselt. Seitens des Beirats wird gewünscht, dass das MZEB in Zukunft auch eine psychologische Versorgung anbieten könne.
- Aktuell seien die Wartezeiten für Termine im MZEB in Bremen vergleichsweise kurz. Es werde erwartet, dass sich die Wartezeiten mit zunehmender Bekanntheit verlängern.
- Es wird berichtet, dass die Schwierigkeit mit dem Zulassungsausschuss kein rein bremisches Problem sei, sondern alle MZEBs davon betroffen seien.
- Der Beirat fasst den Beschluss, eine Begleitstruktur für das MZEB erneut zu fordern. Dies solle an die Gesundheitssenatorin herangetragen werden. Aus Sicht des MZEBs sei eine Begleitung wichtig, weil das MZEB nicht selbst die Stimme der Patient:innen sein könne.

TOP 5: Vorstellung des Psychiatrie- und Suchthilfeplan für das Land Bremen – Austausch mit Niels Kohlrausch

Niels Kohlrausch stellt den Psychiatrie- und Suchthilfeplan für das Land Bremen vor. Die vorgestellte Präsentation ist auf der Seite des LTHBs zu finden.

Der Beirat kommentiert die Vorstellung des Psychiatrie- und Suchthilfeplans:

- Der Beirat kritisiert, Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen habe das Hilfesystem noch nicht im Fokus. Es bestehe der Wunsch, dass auch dieser Personenkreis einbezogen werde. Niels Kohlrausch weist darauf hin, dass die angesprochene Personengruppe mit Maßnahmen im Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK bedacht sei.
- Seitens des Beirats wird kritisiert, dass der Plan nicht barrierefrei gestaltet sei. Er sei schwer zu lesen, kontrastarm und die Navigation im Plan sei schwierig.
- Es gebe noch keine Finanzierung für das Krisentelefon. An der Finanzierung für das Nachtcafé werde aktuell gearbeitet.
- Der Beirat habe sich bereits 2016, 2017 und 2019 mit der Krisenversorgung auseinandergesetzt und gefordert, ein Angebot zu schaffen, das rund um die Uhr verfügbar sei. Wichtig sei, dass auch Menschen mit kognitiven Behinderungen berücksichtigt würden.
- Um zu verhindern, dass Menschen aus dem ersten Arbeitsmarkt herausfallen, müsse auch präventiv gearbeitet werden. Es wird aus dem Beirat gefragt, ob eine Kooperation zwischen SGB V und SGB IX geplant sei. Im Psychiatrie- und Suchthilfeplan sei vorgesehen gewesen, Menschen im SGB II-Bereich mit Beschäftigungsangeboten zu versorgen. Während der Erstellungszeit des Plans seien beim Jobcenter bestehende Angebote in diesem Bereich eingestellt worden.
- Im Vertrag für das Trägerbudget (Sozialraumorientierung) sei ein Ziel die Weiterentwicklung der Kooperation zwischen den Leistungserbringern und dem Fachdienst Teilhabe. Der Wegfall der Einzelfallfinanzierung solle dafür sorgen, dass die Beteiligten insbesondere den Fokus von der Finanzierung weg auf die fachliche Ebene lenken.
- Der Vorsitzende stellt fest, dass die vorgestellte Zielrichtung auf Zustimmung treffe, sich im Detail aber Streitpunkte ergeben würden, beispielsweise bei der Frage der Zuständigkeiten und der Finanzierung, aber auch bei den Zielgruppen.

TOP 6: Überwachung von digitalen Angeboten: Finale Abstimmung der Stichprobe für 2025

Ulrike Peter stellt den Vorschlag zur stichprobenartigen Überwachung digitaler Angebote im Jahr 2025 vor. Die Liste sei dem Beirat bereits zugegangen und es seien noch einige Rückmeldungen eingegangen. Da der Antrag für einen Schwerbehindertenausweis bereits auf der Liste gestanden habe, könne der Antrag auf das Landespflegegeld auch aufgenommen werden, da beide Teil des Serviceformulars seien. Der IFD Bremerhaven werde zum IFD Bremen auf die Liste der Nachrücker gesetzt. Die Lebenshilfe Bremerhaven werde mit weiteren Leistungserbringern zusammen im nächsten Durchgang überwacht.

Der Beirat stimmt der überarbeiteten Liste für die Überwachung digitaler Angebote für 2025 zu.

TOP 7: Aktueller Stand zur Fortschreibung des Landesaktionsplans

Felix Priesmeier berichtet zum aktuellen Stand der Fortschreibung des LAP. Über den Sommer habe eine letzte Überarbeitung des Plans stattgefunden. In der jetzigen Form sei der Plan zum Lektorat gegeben worden. Im Januar solle der Plan verabschiedet werden. Im Anschluss solle eine kontinuierliche Weiterarbeit am Plan und eine Überprüfung der Maßnahmen erfolgen. Alle zwei Jahre solle in Arbeitsgruppen von den inhaltlich zuständigen Ressorts die Überprüfung der Maßnahmen geplant und durchgeführt werden. Der Senat solle sich ebenfalls regelmäßig mit den

Ergebnissen der Arbeitsgruppen befassen. In der Überarbeitung seien Leitbilder und Visionen eingefügt worden, die den Bezug zur UN-BRK herstellen. Seitens des Beirats sei der Wunsch geäußert worden, einen Lebenslagenbericht zur Situation von Menschen mit Behinderungen in den Plan aufzunehmen. Eine entsprechende Maßnahme sei aufgenommen worden.

Felix Priesmeier antwortet auf Fragen und Anmerkungen aus dem Beirat:

- Es wird diskutiert, was mit den Maßnahmenvorschlägen passiere, die nicht im Plan aufgenommen worden seien. Es sei befremdlich, dass eine so breite Beteiligung der Öffentlichkeit zu Beginn der Fortschreibung des Plans stattgefunden habe und viele der eingereichten Maßnahmen nicht im Plan berücksichtigt worden seien. Um die große Beteiligung zu honorieren, sollte die Öffentlichkeit erfahren, warum bestimmte Maßnahmen nicht im Plan aufgenommen worden seien. Es wird der Vorschlag gemacht, nicht aufgenommene Maßnahmen als Ideenspeicher in die Weiterarbeit am Plan zu überführen und dabei auch darzustellen, warum einzelne Maßnahmen nicht in den Plan aufgenommen worden seien.
- Es wird die Befürchtung geäußert, dass im Plan eine Trennung zwischen Landesebene und kommunaler Ebene fehlen werde. Dies könne problematisch werden, da der Plan Ansprüche erzeuge. Felix Priesmeier betont, dass der Plan ein Plan des gesamten Landes sein solle und Bremerhaven entweder explizit genannt werde oder zumindest mitgedacht worden sei.
- Es wird seitens des Beirat als nicht tragbar empfunden, dass die Zahl der Maßnahmen aufgrund fehlender Mittel reduziert worden sei. Insgesamt herrsche im Beirat viel Frust sowohl über den Erarbeitungsprozess als auch über das Ergebnis.
- Der Beirat wolle sich daher erneut zum Plan verhalten, wenn dieser verabschiedet sei. In seiner Februarsitzung könne der Beirat einen Beschluss zum Plan fassen. Dass der Lebenslagenbericht und die Umsetzungsbegleitung mit den Ressorts und dem Senat noch Eingang in den Plan gefunden hätten, werde als positiv bewertet.

TOP 8: Was bewegt die Mitglieder des Landesteilhabebeirats

Dieser Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung verschoben.

TOP 9: Verschiedenes

- Queer cities e.V. stellt das Projekt „Initiativbewerbung mit Team Behinderte – aus der Werkstatt in den ersten Arbeitsmarkt“ vor, bei dem es darum gehe, Menschen mit Behinderungen dabei zu unterstützen, sich aus Werkstätten für behinderte Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu bewerben. Dabei würden die Menschen während der Bewerbungsphase unterstützt. Der Projektträger stellt dar, dass die Finanzierung nicht gesichert sei und bittet den Beirat um Unterstützung bei der Absicherung des Angebots.
- Gerald Wagner berichtet von dem Projekt „50 mobile Rampen für Bremen“.
- Mitte März 2025 werde die Tagung des ständigen Ausschusses der BAG Selbsthilfe in Bremen stattfinden und den 50. Geburtstag der LAGS feiern.

Die Sitzung schließt um 18:35 Uhr.